

Eupen, den 07. September 2017

## Das Wort der Parteien

### Was wollen die Bürger der DG?

Obwohl von verschiedenen Parteien in den letzten Wochen die geplante Übertragung von Zuständigkeiten von der Wallonischen Region als Meilenstein dargestellt wurde und insbesondere die PFF sich in höchsten Tönen selbst gelobt hat, wurde wieder jemand entscheidendes vergessen: Der Bürger. Denn die eigentliche Frage ist: Will die Bevölkerung überhaupt weitere Zuständigkeiten für die DG? Diese Frage war bereits 2014 Teil einer Forsa-Umfrage. Aus dieser Umfrage ging hervor, dass sich die Bevölkerung unserer Gemeinschaft damals mehrheitlich nicht für einen Ausbau der Zuständigkeiten der DG ausspricht. Und wie sieht es heute aus? Dieser Frage muss man nachgehen. Denn die Politik darf sich nicht über den Willen der Bürger hinwegsetzen. Den Bürgern ist es egal wer für was zuständig ist, Hauptsache es wird vernünftig ausgeführt. So stehen wir einer Übertragung neuer Zuständigkeiten oder der eventuellen Ausbau der DG zu einer 4. Region nach wie vor kritisch gegenüber. In einem kleinen Gebiet wie die DG könnte dies sehr schnell die Vetternwirtschaft begünstigen. Die Gefahr des Klüngels würde durch eine vollwertige Region weiter verstärkt. Bereits heute steht Parteipolitik bei den Regierungsparteien ganz oben auf der Agenda. Zuerst die Interessen der Partei und dann der Bürger – leider keine Floskel sondern eine Tatsache. Auch wenn die von der Wallonischen Region auf dem Gebiet der DG ausgeführten Zuständigkeiten bei einigen Bürgern zu Recht kritisiert werden, so führt der räumliche Abstand auch zu einer Form der Distanz. Wenn jetzt die Raumordnung zur DG kommt, steigt die Machtfülle der Regierung der DG weiter an und auf solch einem kleinen Gebiet wie die DG birgt dies Gefahren. Und dies sollte offen angesprochen werden. Die Vivant-Fraktion plädiert daher, weitere Autonomiebestrebungen nur dann zu verfolgen, insofern sie explizit von der Bevölkerungsmehrheit gewünscht und unterstützt werden. Die Auswertung einer nach schweizerischem Modell durchgeführten Volksbefragung könnte hier für Klarheit sorgen. Kostensenkung, Vereinfachung des Staatsgefüges sowie Rationalisierung der verschiedenen Dienste müssen ernsthaft und seriös bei allen Reformbestrebungen angestrebt und schlussendlich auch verwirklicht werden. Nur wenn der Bürger sich ausdrücklich dafür ausspricht und sichtlich einen Mehrwert spürt macht eine Übertragung weiteren Zuständigkeiten Sinn.

Michael Balter